

Mediencommuniqué vom 2. Februar 2007

Das Mietrecht ist mehr als ein lästiges Hindernis für höchste Renditen:

Regierungsrat vergisst seine Vorbildfunktion

Mit Befremden nimmt der Mieterinnen- und Mieterverband (MV Basel) die Antwort der Regierung zu den Interpellationen betreffend der Vermietungs- und Verkaufspolitik der Pensionskasse Basel-Stadt zur Kenntnis.

Die Antwort der Regierung geht an mehreren Stellen von der Überzeugung aus, dass das Mietrecht ein lästiges Hindernis für eine optimale, auf die höchste Rendite zielende Mietzinsgestaltung darstellt. Dieser Haltung entspricht es auch, wenn Herr Dr. Beat Schultheiss als Präsident des Hauseigentümergebundes Basel zur Überprüfung der Vermieterpraxis beigezogen wird.

Indes darf das Auseinanderklaffen zwischen Mietrecht und Wohnungsmarkt nicht dem Mietrecht angelastet werden. Es stellt vielmehr eine Perversität der Marktentwicklung dar. Renditeoptimierung bedeutet nach jener falschen Logik, dass man dort suchen muss, wo die Zitrone noch Saft hat. Darunter leiden dann Mieterinnen und Mieter - auch die mittelständischen.

Staat muss erschwingliche Wohnungen gewährleisten...

Das Mietrecht bringt in diesem Zusammenhang lediglich eine minimale Absicherung gegen Missbräuche im Wohnungsmarkt. Es muss daher gewährleistet werden, dass für alle Mieterinnen und Mieter, Einzelpersonen und Familien unterschiedlicher Grösse, zu erschwinglichen Preisen geeignete Wohnungen angeboten werden.

Bei dieser Antwort der Regierung wird auch die künftige Immobilien- und Wohnpolitik des Finanzdepartements angedeutet. Sie lautet: höchstmögliche Renditen, und dies allenfalls auch durch den Verkauf von staatlichen Liegenschaften. Die Staatliche Liegenschaftsverwaltung (ZLV) würde damit zu einem Vermieter wie jeder andere verkommen.

...und seine soziale Verantwortung wahrnehmen

Der Regierungsrat vergisst dabei, dass der Staat ebenso wie die Wohngenossenschaften gegenüber dem Markt eine Leit- und Lenkfunktion ausüben sollte. Die Verwaltung der staatlichen Liegenschaften darf weder bei der Vergabe der Wohnungen noch in der Gestaltung der Mietzinse auf blosser Maximalrendite zielen. Sie muss vielmehr auch die soziale Verantwortung gegenüber der gesamten Bevölkerung wahrnehmen. Denn wenn dank verfehlter Renditepolitik auf dem Wohnungsmarkt Notlagen entstehen, so steigert dies auch die sozialen Kosten des Kantons.

Der MV Basel befürchtet weitere Massenkündigungen solcher Mieterinnen und Mieter, die in staatlichen Liegenschaften oder in Immobilien der Pensionskasse BS wohnen. Er wird, wie im Fall der Feldberghäuser, den Mieterinnen und Mietern in der Wahrnehmung ihrer Rechte zur Seite stehen.